

von 1947 konzipierten demokratischen Staatsform. Generell ist das Parteienbewußtsein in der Bevölkerung nur schwach ausgebildet. Hierfür gibt es historische Gründe: die erste Parteienregierung in der Geschichte Japans wurde 1918 auf kaiserliche Anordnung hin gebildet, die Entwicklung erfolgte also damals bereits im Rahmen eines Oyabun-kobun-Verhältnisses von oben nach unten. Jahrzehntlang waren die Parteien nichts anderes als parlamentarische Klubs, die miteinander um die Macht rangen. In der Liberaldemokratischen Partei setzt sich nunmehr die Erkenntnis durch, daß in naher Zukunft der Wandel zur Volkspartei vollzogen werden muß.

Der Verfasser ist bemüht, Ansätze der Machtverlagerung innerhalb der Partei, von den Fraktionen auf die Parteiorgane, sichtbar zu machen. Es handelt sich jedoch bisher um minimale Veränderungen. Man wird die politischen Nachrichten aus Japan demnächst auch im Hinblick darauf aufmerksam zu verfolgen haben, ob sich diese Feststellung der Entwicklung nicht doch als fehlerhaft erweist.

Mit dem Ziel der Popularisierung der Partei betreiben die Konservativen seit einigen Jahren eine aufwendige Propagandakampagne, die bislang allerdings nicht die erhoffte Wirkung gezeigt hat. Auf dem Lande gilt es, den Antagonismus zwischen Kōenkai und den Parteibüros zu beseitigen, um die schwache Parteiorganisation zu kräftigen und einen Zugang zur Bevölkerung zu schaffen.

Der Verfasser schließt sein Buch mit dem Satz: „The future of the party lies with the people.“ Das ist sicherlich so richtig bezogen auf die Liberaldemokratische Partei in Japan, wie es für jede politische Partei in einem demokratischen Land westlicher Prägung zutrifft. Die Erneuerung der Partei kann aber nicht nur das Volk, gleichsam von unten nach oben erfolgen. Vielmehr muß die Partei Wege finden, das Volk für sich zu gewinnen, dem Volk positiv bewußt zu werden.

Der Verfasser nennt neue Parteigre-

mien und -einrichtungen, die zu diesem Zweck geschaffen wurden.

Das Wesentliche der Problematik ist jedoch keine Frage der Organisation, sondern des geistigen Standortes, des Programms. Die Liberaldemokratische Partei verfügt nicht über ein in die Zukunft gerichtetes Programm, das insbesondere die Jugend ansprechen und ein Gegengewicht zu den Oyabun-kobun-Verhältnissen bilden könnte. Hier ist der entscheidende Punkt, über den man gern mehr erfahren hätte. Der Verfasser behandelt ihn nicht, sein sonst so aufschlußreiches Buch weist hier eine bedauerliche Lücke auf.

Daß diese Dinge die Liberaldemokraten beschäftigen, zeigt das Schlagwort vom „Shin-Hoshushugi“ (Neuen Konservatismus). „Hoshushugi“ bedeutet wörtlich „Prinzip des Erhaltens und Beschützens“. Die Konservativen regieren Japan in Formen, die der Feudalzeit entstammen, von denen sie sich aber nach allgemeiner Aussage zu lösen beabsichtigen. Sie werden den Bürgern ihres Landes sagen müssen, was sie erhalten und beschützen wollen.

Der Konservatismus in Japan muß sich mit sich selbst auseinandersetzen.

Guntram Rahn

NIKOLAUS SCHERK

Dekolonisation und Souveränität

Die Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika

Wilhelm Braumüller
Universitätsbuchhandlung

Wien und Stuttgart 1969

XVI, 184 S., 198,— ö. S.

Die Eigenständigkeit der frankophonen Staaten Afrikas südlich der Sahara ist im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz immer wieder Gegenstand kritischer Fragen gewesen. Manche afrikanischen Staaten haben sich schwer getan, jene frankophonen Staaten, die sich besonders eng mit dem alten Mutterland verbunden hatten, als „positiv neutral“ oder blockfrei zu akzeptieren, andere haben nicht ohne Neid die wirtschaftlichen Vorteile gesehen, die

jene Staaten durch Frankreich, in Frankreich wie überhaupt in der ganzen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft finden. Es ist daher besonders erfreulich, wenn am Ende des ersten Jahrzehnts der Unabhängigkeit dieser Staaten auf dem ehemals französischen Kolonial- und Treuhandgebiet eine kritische Analyse ihrer Unabhängigkeit vorgelegt wird.

Ausweis der kritischen Reflexion des Verfassers und zugleich wesentlicher Beitrag zu der Diskussion über die Unabhängigkeit der Staaten in unserem Zeitalter ist die folgende Bemerkung des Verfassers:

„Der Begriff der politischen Unabhängigkeit hat je nach dem Autor oder Politiker einen sehr verschiedenen Bedeutungsinhalt, denn zumeist wird er als Schlagwort für politische Forderungen verwendet. Seine mangelnde Klarheit verhindert eine allgemein gültige Definition . . . Um zu bedeutungsvollen Ergebnissen zu gelangen, wird man jedoch eher eine enge Definition der Abhängigkeit anstreben.“ (S. 9)

Genau diese kritische Prüfung des Phänomens Abhängigkeit scheint bei den meisten Diskussionen über die Stellung der frankophonen Staaten Afrikas zu fehlen, nur zu leicht oder zu gern werden sinnvolle Kooperationen als einseitige Bindungen und Zeichen der Abhängigkeit und Unterworfenheit gewertet.

Der Verfasser gibt nach einem knappen geschichtlichen Aufriß eine umfassende Darstellung der Kooperationsverträge zwischen Frankreich und seinen ehemaligen schwarzafrikanischen Kolonien und schließt daran eine Beschreibung der politischen Wirklichkeit an. Erst dann stellt er die Fragen nach dem Grad der rechtlichen und faktischen Abhängigkeit dieser Staaten im Verhältnis zu Frankreich. Er beschreibt die Organisation der Zusammenarbeit auf verschiedenen Teilbereichen vor allem der Wirtschaft als eine Art von Vorort-System, bei dem Frankreich als Vorort allerdings nicht nur die technische Abwicklung der gemeinsamen Maßnahmen, sondern auch erhebliche politische Entscheidungsmöglichkeiten innehat. Trotz dieses französischen Übergewichts könne

man nicht von einer Beeinträchtigung der rechtlichen Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten sprechen, da die Beschlüsse solcher Kooperationsorganisationen immer noch durch die Tätigkeit nationaler Organe in innerstaatlich wirksames Recht umgewandelt werden müßten (S. 141). Diese formelle Souveränität finde jedoch ihre Grenze in der faktischen wirtschaftlichen Abhängigkeit, d. h. wohl auch in der Bindung an die vom französischen Wirtschaftsinteresse gesetzten Basisdaten der innerstaatlichen Entscheidung. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit sei eine Folge der schwachen Binnenmärkte in Afrika (S. 144). Hier hätte nun die Frage gestellt werden müssen, wie sich die Entwicklung der afrikanischen Binnenmärkte, die von afrikanischen Staatengruppen frankophoner Prägung wie der Zoll- und Wirtschaftsunion von Zentralafrika (UDEAC) oder der westafrikanischen Entente vorangetrieben werden, auf die wirtschaftlichen Bindungen an Frankreich auswirken wird. Wenn man diesen Fragen Bedeutung beimißt, wäre weiterhin zu untersuchen, auf welche Weise Frankreich sich auch hier Einfluß gesichert hat und wie es ihn ausübt.

Der Verfasser stellt allerdings nicht auf die Entwicklung solcher neuen Binnenmärkte ab, sondern auf die Frage welcher dritte Staat die französische Hilfe ersetzen könnte. Er meint, daß jedem anderen Staat das Interesse und die „gewisse Solidarität“ abgeht, die Frankreich zu seiner besonderen Rolle in Afrika befähigt. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß aber auch für die afrikanischen Staaten diese Rolle Frankreichs als Folge einer besonders gearteten Beziehung erscheint. Sie erwarten von Frankreich ein relativ hohes Maß an Uneigennützigkeit und sind davon überzeugt, daß Frankreich ihnen jederzeit den Weg zur Trennung freigeben würde (S. 148). So schließt das Buch mit einem versöhnlichen Lob auf die französische Hilfe als Kehrseite der relativen faktischen Abhängigkeit. Es ist eine sehr exakte und kritische Beschreibung der Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehema-

ligen Kolonien und Mandatsgebieten in Schwarzafrika, wenn es auch noch die Querverbindungen in Afrika stärker berücksichtigen würde, also auch die Rolle Frankreichs in den afrikanischen Staatenorganisationen darstellte, wäre es nicht nur ein gutes, sondern ein ganz vorzügliches Buch. Dieter Schröder

ARISTIDE R. ZOLBERG

One-Party Government in the Ivory Coast

Revised Edition

Princeton, New Jersey

Princeton University Press, 1969, XII, 400 Seiten

AHMED MAHIU

L'Avènement du Parti Unique en Afrique Noire.

L'expérience des Etats d'expression française

Bibliothèque Africaine et Malgache,

Droit et Sociologie Politique, Tome III Paris, Librairie générale de droit et de jurisprudence, 1969, VI, 421 Seiten

1969, VI, 421 Seiten

Zolbergs Monographie über die Elfenbeinküste — 1964 erstmalig erschienen — gehört zu den Standardwerken der Literatur über den afrikanischen Einparteiensstaat. Die Neuauflage ergänzt das im übrigen unveränderte Werk um eine Einführung und einen 23 Seiten langen Anhang, der die Entwicklung der Elfenbeinküste bis 1968 verfolgt.

Manche Züge, die der amerikanischen Literatur zu diesem Thema eigentümlich sind, lassen sich auch bei Zolberg, einem Schüler David Apter's, wiederfinden, ohne daß sie sein Werk charakterisierten: die (aus der Übertragung amerikanischer Erfahrungen zu erklärende) Überbetonung der Bedeutung der „national integration“ oder des „nation-building“ in der afrikanischen Politik, die besondere Hervorhebung der Funktionen der „charismatic authority“, die auf Apter zurückgeht, oder die Verwendung der Denkvorstellungen der „school of functional analysis“, die Gabriel Almond auf die Dritte Welt übertragen hat.

Mit der europäischen gemein hat die amerikanische Literatur die Diskussion um Demokratie und Einparteiensystem, den häufig angestellten unfruchtbaren Versuch, den afrikanischen Einparteiensstaat mit den Maßstäben der liberalen Demokratie zu messen. In der Einführung zur Neuauflage setzt sich Zolberg kritisch mit dieser Diskussion auseinander, deren Fragestellung insbesondere in der Einleitung und im Schlußkapitel der ersten Auflage aufgeworfen werden. Er macht deutlich, daß er seine Untersuchung besser „Integration and Conflict in a Modernizing Polity: A Study of the Ivory Coast“ genannt hätte, um sein eigentliches Vorhaben und den besseren Ansatz zum Verständnis der politischen Entwicklung afrikanischer Staaten anzukündigen: Das Studium der politischen Modernisierung der Elfenbeinküste — der soziologischen Vorbedingungen, der Eigenschaften der politischen Elite, der Art, wie diese die anstehenden Aufgaben in Angriff nimmt, usw. — unter Vermeidung verfrühter Abstraktionen und mit geschärftem Blick für Wesen und Eigenart des untersuchten Gegenstandes.

Der erste Teil gibt einen Überblick über die frühere Entwicklung. Er schildert die ethnische Vielfalt der traditionellen Bevölkerung der Elfenbeinküste, die Einflüsse der Kolonialherrschaft sowie die Ursprünge der politischen Organisationen und die Quellen des afrikanischen Nationalismus. Die Verhältnisse in der Elfenbeinküste ähneln insoweit denen im übrigen Westafrika.

Im Anschluß verfolgt der Autor im wesentlichen die Entwicklung der Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI) unter den sich wandelnden Institutionen der Französischen Union, den Ausbau ihrer politischen Vorherrschaft in der Periode der Diarchie, insbesondere seit 1956, und die zögerlichen Schritte des indigenen Regimes auf dem Weg zur vollen Unabhängigkeit von 1958 bis zum August 1960.

Im achten Kapitel schildert Zolberg die Institutionalisierung des Einparteiensystems in der Elfenbeinküste. Im grund-